

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag/Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Auf einen Blick

Höhere Strompreise ab 1. Januar

Mit Wirkung ab 1. Januar kommenden Jahres werden die Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) die Strompreise spürbar erhöhen. Die Mehrkosten für einen mittleren Haushalt werden zwischen 3 und 6 Prozent betragen. Auch der Tarif für Grossabnehmer wird im Schnitt um 6 bis 7 Prozent angehoben. Die Tarifierhöhung wird von den LKW damit begründet, dass der von den Nordostschweizerischen Kraftwerken (NOK) importierte Strom (rund zwei Drittel unseres Bedarfs) um rund 8 Prozent teurer wurde und dass die LKW in nächster Zeit einen grossen Investitionsbedarf haben werden. Wir verweisen auf die Wirtschaftsseite in dieser Ausgabe.

Sanierung Rheinbrücke Vaduz-Sevelen

Auf Antrag der Denkmalschutzkommission hat die Fürstliche Regierung am 28. Dezember 1981 die Holzbrücke zwischen Vaduz und Sevelen unter Denkmalschutz gestellt. Es wurde eine Subvention von 50 Prozent an die Kosten, welche der Gemeinde Vaduz als Eigentümerin von zwei Dritteln der Brücke entstehen, zugesichert. Die Brückensanierung kommt auf total 112 000 Franken zu stehen, woran die erwähnte Subvention von 50 Prozent an den Kostenanteil der Gemeinde Vaduz genehmigt wird.

Triesenberger Weihnachtsmarkt

Nach den positiven Erfahrungen der vergangenen Jahre findet am ersten Wochenende des Dezembers der traditionelle Weihnachtsmarkt statt. Rund ein Dutzend Geschäfte aus den verschiedenen Branchen zeigen im Rahmen einer dreitägigen Ausstellung eine repräsentative Auswahl ihres Angebotes, darunter natürlich besonders viele Geschenkideen. Der Besuch des Nikolaus, eine Autogrammsunde, Modeschau, eine grosse Tombola, die Wildmannli-Gugger und anderes mehr sorgen für eine festliche und angenehme Atmosphäre. Etliche Geschäfte werden die beliebten Weihnachtssterne des einheimischen Detailhandels beim Einkauf am Weihnachtsmarkt abgeben.

Skirennensaison vor der Tür

Nur noch wenige Wochen trennen uns vom Start in die Skirennensaison 1983/84. Wie haben sich unsere Ski-Asse auf diesen (Olympia)-Winter vorbereitet und welche Ziele streben sie an? In einer VOLKSBLATT-Serie gehen wir diesen Fragen nach. Noch einmal wissen will es diesen Winter Ursula Konzett (unser Bild). Mit ihr starten wir heute unsere Serie.



Aus der Landtagssitzung vom Mittwoch:

Ein FBP-Vorstoss zugunsten der Arbeitnehmer

Postulat fordert Überprüfung der Rückerstattungsmöglichkeit zuviel bezahlter Nichtbetriebsunfallversicherungsprämien!

Weil sie von den Versicherungsgesellschaften zu hoch eingestuft wurden, zahlten liechtensteinische Betriebe rund 10 Jahre lang höhere Betriebsunfallversicherungsprämien als vergleichbare Unternehmen in der Schweiz. Dank beharrlicher Bemühungen des Gewerbes (und der FBP-Fraktion im Parlament) wurde nun erreicht, dass ein erheblicher Teil dieser Gelder wieder an die Betriebe im Land zurückfliesst. Nun kämpft die FBP-Fraktion um die teilweise Rückführung von ebenfalls zu viel bezahlten Nichtbetriebsunfallversicherungsprämien. Dieses Mal geht es nicht mehr um die Betriebe, sondern um die Arbeitnehmer. Denn die Beiträge zur Nichtbetriebsunfallversicherung werden von den Arbeitnehmern (und vom Staat) im Verhältnis zwei Drittel zu einem Drittel aufgebracht. – Nachdem eine Kleine Anfrage des Abg. Beat Marxer in der Landtagssitzung vom vergangenen Mittwoch nicht den erhofften Erfolg hatte, deponierte er noch am gleichen Abend ein Postulat, das auch von seinen Fraktionskollegen Noldi Frommelt, Josef Büchel, Dr. Dieter Walch und vom Ersatzabgeordneten Josef Büchel mit unterzeichnet ist.

Eigentlich gab sich die Regierung bereits damit zufrieden, dass die von den Versicherungsgesellschaften zurückzustellenden Beitragszahlungen in einen allgemeinen Fonds fliessen. Dieser soll solange zur Verbilligung heute zu entrichtender Versicherungsprämien beitragen, bis er erschöpft ist.

Nach Meinung der FBP-Fraktion aber ist diese Lösung unbefriedigend. Denn sie nützt in erster Linie jenen Arbeitnehmern, die heute noch voll im Berufsleben stehen und dank der inzwischen durchge-

führten Verhandlungen ohnehin niedrigere Nichtbetriebsunfallversicherungsprämien zahlen. Die älteren Arbeitnehmer aber, die jahrelang zuviel Prämien bezahlt haben und in absehbarer Zeit die Altersgrenze erreichen, sehen von den zu viel bezahlten Versicherungsbeiträgen nichts mehr.

Fondsbildung für die Altersvorsorge

Die gleiche Altersstufe unter den Arbeitnehmern, die jahrelang zuviel Versicherungsprämien geleistet hat, wird auch kaum mehr oder nur in geringem Umfang von der künftigen, betrieblichen Altersvorsorge («Zweite Säule») profitieren, die im Jahre 1985 als gesetzliches Obligatorium eingeführt werden soll. Die dann bald vor ihrer beruflichen Altersgrenze stehenden Arbeitnehmer werden sich im Gegensatz zu den jungen und jüngeren von heute, mit einer normalen AHV-Rente begnügen müssen.

Der FBP-Abgeordnete Beat Marxer regte deshalb in der erwähnten Kleinen Anfrage an, nach dem Beispiel der Betriebsunfallversicherung auch bei der Nichtbetriebsunfallversicherung einen Teil der zuviel bezahlten Beiträge aus dem allgemeinen Fonds herauszunehmen, ins Land zurückzuholen und hier in einem speziellen Fonds für die Altersvorsorge der Arbeitnehmer einzubringen! Aus diesem Fonds könnten dann durch Jahre Mittel abgezweigt werden, um die knapp bemessenen AHV-Renten der demnächst in den Ruhestand tretenden Arbeitnehmer aufzubessern: mit Geldern wohlverstanden, die ohnehin zum grössten Teil ihnen selbst gehören, weil sie ja jahrelang zuviel Beiträge geleistet haben.

Das FBP-Postulat

Das von der FBP-Fraktion eingereichte Postulat, das wir auf Seite 3 der heutigen Ausgabe samt der Begründung im Wortlaut wiedergeben, ist wie folgt formuliert:

«Die Regierung wird eingeladen zu prüfen, ob und in welchem Umfang die Möglichkeit besteht, die freierwerbenden Mittel der zuviel geleisteten Nichtbetriebsunfallversicherungsprämien in einen Fonds der Altersvorsorge für die Arbeitnehmer einzubringen und gegebenenfalls die notwendigen Vorkehrungen zu treffen.»

Rückwanderung und Schwarzarbeit

Themen einer Europäischen Konferenz in Rom

Die Integrationspolitik, die Frage der Rückwanderung und das Problem der Schwarzarbeit gehörten zu den wichtigsten Themen einer europäischen Konferenz in Rom, die sich mit der Situation der Gastarbeiter in den verschiedenen Mitgliedstaaten des Europarates befasste. Für unser Land nahmen der Leiter des Volkswirtschaftsamtes, Dr. Benno Beck, und der Chef der Fremdenpolizei an dieser Konferenz teil, wobei Dr. Benno Beck eine Erklärung zur Situation der Gastarbeiter in Liechtenstein abgab. Wir werden im VOLKSBLATT vom Montag darauf zurückkommen.

Neue Impulse für künftige Arbeit in der Schule

Internationale musische Tagung (IMTA) fand am Freitag in Vaduz statt

Mehrere hundert Lehrerinnen und Lehrer aus dem süddeutschen Raum, aus Vorarlberg, den Kantonen Thurgau und St. Gallen sowie aus unserem Lande besuchten gestern Freitag die Internationale musische Tagung (IMTA), die nach einem Unterbruch von zehn Jahren wieder in Vaduz stattfand. Nach der Eröffnung der Tagung durch Schulamtsleiter Dr. Josef Wolf richtete Regierungschef Hans Brunhart Begrüssungsworte an die Tagungsteilnehmer. An der Eröffnungsfeier, die von Beiträgen des Kinderorchesters der Musikschule unter der Leitung von Helga Frommelt musikalisch umrahmt wurde, sprach Prof. Dr. R. Schläpfer (Basel) über das Thema «Schriftsprache und Mundart im Unterricht».

Der Rahmen der diesjährigen IMTA ist bescheidener geworden, meinte Dr. Wolf bei seiner Begrüssung und erinnerte an das ambitionöse Programm vor zehn Jahren mit den drei Elementen «Reihung – Entfaltung – Verschränkung». Diesmal lag in einem wesentlich bescheideneren Rahmen die Betonung auf der Heimatkunde und der Muttersprache. Die Organisatoren habe der Gedanke geleitet, dass der musische Aspekt möglichst viele verschiedene Schulfächer durchdringen sollte.

Regierungschef Hans Brunhart gab in seiner Ansprache seiner Freude Ausdruck, dass nach zehn Jahren wiederum das Fürstentum Liechtenstein als Tagungsort der IMTA ausgewählt worden sei. Die Belastung der Schüler, so meinte der Leiter des Bildungsressorts, habe in der Schule oft schon die Obergrenze erreicht. Wenn aufgrund dieser Tatsache eine Reduktion des Lehrprogramms vorgenommen werde, so sollte nicht in erster Linie der musische Bereich betroffen werden, sondern es müsse einen Ausgleich zwischen den leistungsorientierten

und musischen Fächern geben. Das Ziel der Schule sei es, sagte Brunhart, eine möglichst umfassende Bildung zu vermitteln und in diesem Sinne wünschte er den Tagungsteilnehmern die Mitnahme von möglichst vielen Impulsen für die künftige Tätigkeit in der Schule.

Bevor Prof. Schläpfer über Schriftsprache und Mundart referierte, erklärte der Schulleiter der Oberschule Vaduz, Josef Hoop, den Sinn und Zweck der musischen Tage an der Oberschule, die schon zur Tradition geworden seien und nicht in einem direkten Zusammenhang mit der IMTA stünden. Die Tagungsteilnehmer

hatten aber anschliessend die Gelegenheit, die Schüler der Oberschule bei ihrem musischen Sonderprogramm zu beobachten.

Prof. Schläpfer umriss in seinem Referat die Entwicklung der Sprache in unserem Sprachraum und beleuchtete im Rahmen des weltweiten Regionalismus die heutige vermehrte Hinwendung zur Mundart. Der Auftrag der Schule sei es, so betonte er, die Schüler zu einem unverkrampften Verhältnis zur Schriftsprache zu führen, da das Schriftdeutsche doch die Sprache unserer Kultur sei. (G.M.)



Im Rahmen der IMTA 83 führten die Erstklässler der Primarschule Schaan ein «Buchstabenorchester» vor. Mit ihrem Sprachspiel, das von Lehrer Georg Biedermann einstudiert wurde, versuchten sie, elementare Sprache, also Laute, Buchstaben, Wörter, Sätze, ins Spielerische umzusetzen.

Budget 1984 liegt vor!

Praktisch ausgeglichener Haushalt

Am Freitag morgen legte Regierungschef Hans Brunhart den von der Regierung verabschiedeten Entwurf für den Landesvoranschlag des Jahres 1984 vor. Das Budget sieht in der laufenden Rechnung Einnahmen in der Höhe von 272,7 Millionen Franken und Ausgaben von 217,9 Millionen Franken vor. Vom Bruttoergebnis (54,8 Millionen) sollen 51,4 Millionen Franken für Abschreibungen verwendet werden, so dass ein Ertragsüberschuss von 3,4 Millionen Franken resultiert.

Die Investitionsrechnung entspricht mit einem Volumen von netto 56,5 Millionen Franken gemäss Aussage des Regierungschefs ungefähr umfangsmässig jener des laufenden Jahres. Das Budget wird vom Landtag am 14./15. Dezember behandelt. Wir werden in unseren nächsten Ausgaben näher darauf eingehen.

Hochbauplanung in Liechtenstein

Bericht über laufende und zukünftige Bauvorhaben

Als zusätzliche Information zur Finanzplanung 1984 bis 1988 unterbreitet die Regierung dem Landtag einen Bericht über die mittelfristige Hochbauplanung des Landes. Im Bericht sind die laufenden Hochbauten sowie der zukünftige Bedarf an Landesbauten nach Prioritäten aufgeführt. Bei der Einreihung nach Prioritäten sind insbesondere die Dringlichkeit des Bauvorhabens, Standort und Verfügbarkeit des Baugrundes sowie die Finanzierung und die Baukonjunktur berücksichtigt worden. So soll bei der Finanzierung eine möglichst günstige Aufteilung der Baukosten über die Jahre angestrebt werden. Der Konjunkturlage im Baugewerbe, die je nach aktueller Situation eine Streckung der Bauzeiten oder eine beschleunigte Durchführung nahelegt, wird durch eine flexible Gestaltung der Bauzeiten beziehungsweise durch Vorziehen oder Zurückstellen von Projekten Rechnung getragen.

Die vom Staat und den Gemeinden errichteten Hoch- und Tiefbauten ziehen neben den eigentlichen Investitionen auch Folgekosten für den Unterhalt nach sich. Diese Folgekosten schlagen sich in der laufenden Rechnung von Staat und Gemeinden nieder. Das Bauprogramm für die noch zu verwirklichenden Infrastrukturaufgaben muss deshalb nach Auffassung der Regierung vor allem auch unter dem Aspekt der längerfristigen finanziellen Tragbarkeit betrachtet werden. (Aus der Regierungssitzung)

FBP

Diskussionsabend in Planken

Am kommenden Montagabend, um 20 Uhr, findet im Gemeindezentrum Planken eine weitere Ortsgruppenversammlung statt, welche ganz im Zeichen der Information und Diskussion stehen wird. Neben Mitgliedern des Landes-Parteivorstandes werden der FBP-Fraktions Sprecher im Landtag, Josef Biedermann, und Gemeindevorsteher Eugen Beck als kompetente Gesprächspartner über aktuelle landes- und gemeindepolitische Fragen zur Verfügung stehen. Die Ortsgruppe Planken bittet um vollzähliges Erscheinen.